

32x.

An das
Zentralkomitee der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands
- - - - -

Teure Genossen!

Wir haben den an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas gerichteten Brief vom 31. Oktober 1961 erhalten, der im Auftrage durch das Mitglied des ZK der KPdSU, Gen. Andropow, überreicht wurde und gemeinsam unterzeichnet ist von Gen. Shiwkow vom Zentralkomitee der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Genossen Kadar vom Zentralkomitee der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Genossen Ulbricht vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Genossen Gomulka vom Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Genossen Gheorghiu-Dej vom Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei, Genossen Chruschtschow vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Genossen Novotny vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. In dem Brief wird darauf hingewiesen, daß für die Volksrepublik China künftig die Notwendigkeit entfällt, ihre Vertreter als Beobachter zu den stattfindenden Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses der Organisation des Warschauer Vertrages zu entsenden.

Die Organisation des Warschauer Vertrages, die gemeinsam von der Sowjetunion und den übrigen sieben sozialistischen Ländern Europas im Mai 1955 geschaffen wurde, ist ein mächtiges Bollwerk zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa; sie demonstriert die Geschlossenheit und Stärke des sozialistischen Lagers. Deshalb haben seit der Bildung der Organisation des Warschauer Vertrages das ZK der KPCh und die chinesische Regierung jedesmal auf Grund entsprechender Einladungen ihre Beobachter zu

den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses der Organisation des Warschauer Vertrages entsandt und den von der Organisation des Warschauer Vertrages getroffenen Maßnahmen zum Schutze der Interessen des sozialistischen Lagers, zur Verstärkung des Kampfes gegen die aggressiven imperialistischen Blocks mit den USA an der Spitze, zur Verteidigung des Weltfriedens allseitige Unterstützung gewährt.

Es ruft jedoch Erstaunen hervor, daß in diesem Ihrem Brief Einwände dagegen erhoben werden, daß die Bruderparteien der sozialistischen Länder Asiens selbst entscheiden, auf welcher Ebene sie ihre Vertreter als Beobachter zu diesen Tagungen entsenden, und sogar behauptet wird, die von den Zentralkomitees der Bruderparteien bestimmten und entsandten Beobachter seien nicht in der Lage, die Zentralkomitees ihrer Parteien vollständig und genügend präzise über die auf den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses behandelten Fragen zu informieren. Wir sind der Ansicht, daß eine solche Fragestellung und ein solcher Standpunkt unbegründet sind.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht der Warschauer Vertrag nichts darüber vor, auf welcher Ebene Vertreter als Beobachter zu den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses entsandt werden; außerdem ist in den Briefen, in denen wir eingeladen wurden, unsere Beobachter zu den erwähnten Tagungen zu entsenden, niemals die Forderung erhoben worden, Vertreter auf einer bestimmten Ebene zu entsenden. Jedoch haben das ZK der KPCh und die chinesische Regierung bei der Entsendung ihrer bevollmächtigten Vertreter zur Teilnahme an den Tagungen stets den Inhalt der Tagungen und Ihre Wünsche berücksichtigt. Es muß besonders darauf hingewiesen werden, daß, wenn Bruderparteien verschiedene Beratungen durchführen, das ZK einer jeden Partei einzig und allein bestimmt, wen es als bevollmächtigten Vertreter seiner Partei zu diesen Beratungen entsendet, und daß

keine andere Partei berechtigt ist, sich einzumischen. Folglich entspricht eine solche Praxis, daß Sie in ihrem Brief bestimmen, Vertreter auf höchster Ebene in Zukunft zu Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses der Organisation des Warschauer Vertrages zu entsenden, in keiner Weise den Normen der Beziehungen zwischen Bruderparteien, die die gegenseitige Achtung der Selbständigkeit, Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten vorsehen.

In Ihrem Brief wird die Frage aufgeworfen, ob Beobachter der Bruderparteien die Zentralkomitees ihrer Parteien vollständig und genügend präzise über das Wesen der auf den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses erörterten Fragen informieren können. Das ZK der KPCh hält es für erforderlich, darauf hinzuweisen, daß man auf Grund der tatsächlichen Sachlage auf den vorangegangenen Tagungen und auf Grund der Berichte, die unsere Beobachter an ihr ZK machten, sagen kann, daß die Beobachter unserer Partei stets vollständig und genügend präzise über das Wesen der auf den erwähnten Tagungen behandelten Fragen informierten.

Wie die Erfahrungen zeigen, ist es nützlich, daß die sozialistischen Länder Asiens ihre Beobachter zu den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses der Organisation des Warschauer Vertrages entsenden, um die Schritte der sozialistischen Länder im Kampf gegen die Feinde zu koordinieren und die Kraft und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers zu festigen. Da Sie jedoch die Frage stellen, daß nur Vertreter von Partei und Regierung auf höchster Ebene das Recht haben, an den erwähnten Tagungen teilzunehmen, wir aber mit der Praxis, daß den Bruderparteien vorgeschrieben wird, auf welcher Ebene sie Vertreter zu internationalen Beratungen zu entsenden haben, nicht einverstanden sein können und dürfen,

bleibt uns nur übrig, dem in Ihrem Brief enthaltenen Vorschlag zuzustimmen: Sie werden die Führung unserer Partei und Regierung unmittelbar über alle auf den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses behandelten Fragen informieren.

Das ZK der KPCh möchte darauf hinweisen, daß wir, da wir künftig nicht mehr die Möglichkeit haben, Beobachter zu den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses der Organisation des Warschauer Vertrages zu entsenden, auf der Grundlage Ihrer Information unsere Überlegungen zu den Fragen der Weltpolitik, die auf diesen Tagungen beraten werden und die Interessen des gesamten sozialistischen Lagers berühren, auf entsprechendem Wege äußern werden. Wir werden ebenso wie bisher alle Maßnahmen der Organisation des Warschauer Vertrages, die dem Kampf gegen den Imperialismus, der Festigung der Stärke und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers dienen, voll und ganz unterstützen.

Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Chinas

20. November 1961